

Rückendeckung von den Bernern

Widmer-Schlumpf Die Spitze der Berner SVP wehrt sich gegen den Ausschluss der Bündner

Die Spitze der Berner SVP kommt den Bündnern nun doch noch zu Hilfe. Wie viel das noch bringt, ist fraglich.

DANIEL FRIEDLI

Hart war die Kritik, die sich die Spitze der Berner SPV in den letzten Tagen anhören musste. Duckmäsertum, Feigheit und Scheinheiligkeit wurden ihr vorgeworfen, und selbst Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zeigte sich enttäuscht darüber, dass sie und ihre Bündner Partei von den vermeintlichen Berner Gesinnungsgenossen so wenig Unterstützung erhielten. Diesen Eindruck hat die Berner SVP gestern nun korrigiert – spät, dafür aber in einer Deutlichkeit, die angesichts der früheren Aussagen überrascht hat: «Die SVP Kanton Bern widersetzt sich mit Entschiedenheit einem allfälligen Ausschluss der SVP Kanton Graubünden aus der SVP Schweiz», heisst es im Positionspapier, das der Vorstand der Kantonalpartei mit 21 zu 6 Stimmen zuhanden der Delegiertenversammlung verabschiedet hat. Weiter werden alle Beteiligten aufgefordert, ihre Differenzen in einem einfachen Verfahren zu regeln. «Druck, Drohungen und Zwang», so steht in dem fünf Punkte umfassenden Papier, würden dabei abgelehnt.

Wie genau die verfahrenre Situation um die Parteizugehörigkeit von Widmer-Schlumpf gelöst werden soll, bleibt damit freilich offen. «Das ist nicht unsere Aufgabe», sagte Parteipräsident Rudolf Joder und stellte gleichzeitig in Abrede, an irgendwelchen Vermittlungsbemühungen mitgewirkt zu haben. Trotzdem wurde der Berner Positionsbezug bei den Bündnern mit Freude aufgenommen. «Der Silberstreifen am Horizont ist wieder etwas breiter geworden», sagte Interimspräsident Ueli Bleiker. Er hofft auf eine gewisse Signalwirkung für die weitere Debatte, was auch im Sinn des Berners Joder ist: «Die SVP Schweiz müsste sich wahrscheinlich schon überlegen, ob sie nicht andere Wege beschreiten will», meinte er. Dies umso mehr, als ein Ausschluss der Bündner Kantonalpartei rechtlich auf zu schwachen Füßen stünde.

SVP Schweiz bleibt hart

Die Reaktion der SVP-Leitung lässt für solche Hoffnungen jedoch nicht viel Platz. Parteipräsident Toni Brunner wollte sich zum Fall erst gar nicht äussern, und auf dem Sekretariat wurde einem lediglich beschieden, am Vorgehen werde dieser Beschluss sicher nichts mehr ändern. SVP-Vizepräsident Adrian Amstutz schliesslich,



HABEN SICH WIEDER ANGENÄHERT Der Bündner Hansjörg Hassler und der Berner Rudolf Joder. PHOTOSWISS

der gestern mit seinen Berner Nationalratskollegen Simon Schenk und Hansruedi Wandfluh zu den Verlierern gehörte, meinte, er hoffe nur noch, dass Widmer-Schlumpf freiwillig aus der Partei austrete.

Schon diese Reaktion macht deutlich, dass der Berner Positionsbezug für das ganze Ausschlussprozedere von beschränkter Wirkung ist. Im 115-köpfigen Zentralvorstand, der diesen mit Zweidrittelmehr beschliessen muss, stellen die Berner gesamthaft 12 Leute. Und diese sind in ihrer Stimmabgabe frei, selbst wenn sich am nächsten Dienstag auch die Delegiertenver-

sammlung der Berner SVP hinter die Bündner stellt. Amstutz wie auch der junge Hardliner Erich Hess kündigten denn auch schon unumwunden an, trotz allem den harten Kurs der SVP Schweiz mitzutragen. «Ich bin in dieser Sache einzig meiner Überzeugung verpflichtet», so Amstutz trotzig.

Widmer-Schlumpf gesprächsbereit

Damit sich die Bündner letztlich durchsetzen können, brauchen sie also noch Sukkurs aus weiteren Kantonen. Möglich scheint dieser vor allem noch in Freiburg und der Waadt, wo sich namhafte Stimmen gegen den na-

tionalen Kurs gestellt haben und die Entscheide noch ausstehend sind. Und im Thurgau hat der SVP-Vorstand zumindest eine «einvernehmliche» Lösung gefordert. Ansonsten waren offiziell bislang nicht viele aufmunternde Stimmen zu vernehmen.

Dies wissen auch die Berner, weshalb gestern manch einer die Erklärung auch als Zeichen an Widmer-Schlumpf interpretierte, sich nun zu bewegen. Die Justizministerin liess von Liechtenstein aus allerdings nicht mehr verlauten, als dass sie auch weiterhin für jedes Gespräch zur Verfügung stehe.

Erster Auslandsauftritt von Widmer-Schlumpf

Die Schweiz, Österreich und Liechtenstein verstärken ihre Zusammenarbeit im grenzpolizeilichen Bereich. Bei ihrem ersten Auslandsauftritt hat Bundesrätin Widmer-Schlumpf in Liechtenstein mit dem Innenminister Österreichs, Günther Platter, und dem Liechtensteiner Regierungsrat Martin Meyer drei Abkommen unterzeichnet.

Beim ersten Abkommen handelt es sich um eine Vereinbarung über die Errichtung nebeneinander liegender Grenzübergangsstellen, die es den österreichischen und den schweizerischen Behörden erlaubt, noch enger und effizienter zusammenzuarbei-

ten. Die zweite Vereinbarung betrifft die Zusammenarbeit im gemeinsamen grenzpolizeilichen Verbindungsbüro in Mauren im Schaanwald. Bei der dritten Vereinbarung ist ein Memorandum of Understanding über die Verstärkung der trilateralen grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit vor und nach der Inkraftsetzung von Schengen an den gemeinsamen Landesgrenzen.

Nach den Worten von Widmer-Schlumpf wirken sich die Verträge für die Öffentlichkeit vor allem in der Beschleunigung der Grenzabfertigung und der Gewährleistung der Sicherheit im Dreiländereck aus. (AP)

«Jetzt auszutreten, wäre ein grosser Fehler»

Interview Für Politologin Regula Stämpfli ist entscheidend: Eveline Widmer-Schlumpf wurde als SVP-Mitglied gewählt

Die Situation ist verfahren: Weder will die SVP von ihren Forderungen gegenüber Eveline Widmer-Schlumpf abrücken, noch will diese klein beigeben. Das sollte die Bundesrätin auch keinesfalls tun, findet Regula Stämpfli.

KAREN SCHÄRER

Frau Stämpfli, würde es Frau Widmer-Schlumpf nicht gut anstehen, unter dem Motto «Die Gescheitere gibt nach» aus der SVP auszutreten?

Regula Stämpfli: Frau Widmer-Schlumpf ist als SVP-Mitglied von der Bundesversammlung in die Regierung gewählt worden. Jetzt auszutreten, wäre ein grosser Fehler. Sie könnte höchstens ihre Parteimitgliedschaft während einiger Monate sistieren, wie dies der Unternehmer Spuhler vorgeschlagen hat, damit keine überhitzten Entscheide gefällt werden müssen.

Kann sie diesen Schritt überhaupt noch machen? Mit den Solidaritätsbekundungen in den letzten Wochen ist der Druck gewachsen, in der SVP zu bleiben.

Stämpfli: Frau Widmer-Schlumpf kann eigentlich alles machen. Am besten wäre sie beraten, sich mit der Partei wieder zu einigen. Klarzustellen, was am 12. Dezember passiert ist, und klarzustellen, weshalb sie im Dienste der Partei das Amt angenommen hat. Es ist nämlich offen-

Blocher wäre nicht gewählt worden, auch wenn sie ihre Wahl abgelehnt hätte

sichtlich, dass Christoph Blocher nicht gewählt worden wäre, auch wenn sie ihre Wahl abgelehnt hätte. So oder so wäre die SVP also in der Opposition. Doch im Moment ist wohl Ruhe angesagt. Und wie gesagt: Eine Parteimitgliedschaft kann man auf Eis legen – während einer Übergangszeit, die die Gemüter eigentlich beruhigen sollte.

Wie kann sie allenfalls sonst reagieren?

Stämpfli: Öffentlich sollte sie nur dann reagieren, wenn die SVP den Druck nochmals massiv erhöht und wenn die SVP die Bündner Partei wirklich aus-

schliesst. Dann hat die Bundesrätin nur noch den Trumpf der Sympathie im Volk, um weiterzuregieren – was beim Regieren nur bedingt hilft, aber doch nicht zu unterschätzen ist. Wenn es Frau Widmer-Schlumpf gelingt, eine der beliebtesten Bundesrätinnen in den nächsten vier Jahren zu werden, dann hat sie gute Chancen. Ansonsten steht sie wirklich sehr allein da – etwas, was sie nie wollte und nach dem Gespräch mit Samuel Schmid auch nie so erwartet hat. Die Dok-Sendung und die mediale Erhitzung der Positionen haben ihr enorm geschadet.

Die Causa Widmer-Schlumpf führt auch zu Zwiist innerhalb der SVP. Das dürfte die anderen Parteien freuen...

Stämpfli: Unterschätzen Sie den Mobilisierungseffekt der SVP und der Causa Widmer-Schlumpf nicht! Als Medienexpertin weiss ich: Selbst schlechte News sind gute News. Das schlechte Image der SVP bezüglich ihrer Bundesrätin in der Bevölkerung hat der Partei in den eigenen Reihen bisher nicht geschadet. Im Gegenteil: Die SVP hat ihre Reihen ziemlich geschlossen. Und für Wahlen ist dies ein wichtiges Mobilisierungselement –

etwas, was beispielsweise der SP seit Jahren nicht mehr gelingt.

Was bedeutet es für die anderen Parteien, wenn Widmer-Schlumpf aus der SVP austritt?

Stämpfli: Ob drinnen oder draussen – die Parteien, die die Regierungsunruhe eingebrockt haben, können ruhig weitermachen. Ärgerlich ist für sie nur, dass alle wieder ausschliesslich von der SVP und kaum von ihnen oder gar ihren Themen sprechen. Und ja: Das Regieren, das angesichts der schwierigen Herausforderungen ohnehin nicht immer einfach war, wird noch schwieriger. Doch bis jetzt laufen die Mehrheiten wie gewohnt, nur in den Medien scheint alles drunter und drüber zu sein.



Regula Stämpfli ist Politologin, Autorin und Dozentin für Geschichte, Politik und politische Philosophie. Die Mutter von drei Söhnen lebt in Bern und Brüssel.

Jeder Dritte arbeitet

Flüchtlinge Nach fünf Jahren in der Schweiz

Rund 60 Prozent der Flüchtlinge sind in der Schweiz nicht isoliert. Dies zeigt eine Studie des Bundesamtes für Migration (BFM). Fünf Jahre nach der Einreise in die Schweiz arbeiten über 30 Prozent der Flüchtlinge.

Der am Montag veröffentlichte Schlussbericht «Controlling der Integration von Flüchtlingen» wurde von Bund und Kantonen verfasst. In der Studie wurden die Flüchtlinge zu drei verschiedenen Zeitpunkten beobachtet und befragt, und zwar bei der Eröffnung des positiven Asylentscheids, ein Jahr später sowie fünf Jahre nach der Einreise in die Schweiz. Insgesamt lagen für die Studie 2200 Antworten von Flüchtlingen und von Sozialarbeitenden vor.

Die Studie zeigt laut BFM, dass 61 Prozent der Flüchtlinge regelmässige Kontakte mit Menschen pflegen, die seit längerem in der Schweiz wohnen. Gleichzeitig haben 78 Prozent von ihnen regelmässige Kontakte mit Angehörigen derselben Ethnie. Dies bedeute, dass rund zwei Drittel der Befragten in der Schweiz nicht völlig isoliert seien, heisst es im Bericht.

30 Prozent fühlen sich krank

Über 20 Prozent der Flüchtlinge sind bei der Eröffnung des positiven Asylentscheids erwerbstätig. Laut BFM sinkt dieser Prozentsatz zwar im Verlaufe der Zeit, erreicht aber fünf Jahre nach der Einreise einen Wert von über 30 Prozent.

Zudem sind gegen 30 Prozent der Flüchtlinge nach deren Einschätzung in einem stärkeren oder schwächeren Ausmass krank. Laut Studie verschlechtert sich der Gesundheitszustand im Laufe der in der Schweiz verbrachten Jahre tendenziell. Allerdings beurteilen die Flüchtlinge ihre gesundheitliche Situation wesentlich negativer als deren zuständige Sozialarbeitende.

Weiter zeigt die Studie, dass drei Viertel der Flüchtlinge bei der Eröffnung des positiven Asylentscheids in stände sind, einfache Unterhaltungen zu führen. Die Hälfte der Flüchtlinge besitzt ausreichende Sprachkenntnisse für die berufliche Integration. Im Allgemeinen sind die Sprachkenntnisse der Frauen geringer als diejenigen der Männer. (AP)

Gewässer schützen

Kommission Gesetz statt Verfassung ändern

Die Umweltkommission des Ständerats hat einen indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser (Renaturierungs-Initiative)» vorgelegt. Der Entwurf will ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Gewässer und der Nutzung der Wasserkraft schaffen. Während die von Fischern und Umweltverbänden eingereichte Initiative den Gewässerschutz in der Verfassung verankern will, zielt der indirekte Gegenentwurf auf eine Gesetzesänderung ab. Er soll verhindern, dass Fauna, Flora und ihre Lebensräume weiter beeinträchtigt werden. Damit auch die Ziele der Energieproduktion aus Wasserkraft erreicht werden, sieht der Entwurf einige Ausnahmen beim Schutz vor. So sollen in Gewässerabschnitten mit geringem ökologischem Potenzial auf einer kurzen Länge niedrigere Restwassermengen erlaubt sein. (AP)